

## **Die Leipziger LINKE. wird nun peinlich für die Landes- und Bundespartei**

Von pluralistischen Idealen ist nichts geblieben, der Apparat funktioniert, wie vor 30 Jahren „reibunglos“. (am Beispiel zweier Tagesordnungspunkte einer souverän geführten Sitzung)

Darstellung zur böswilligen Absetzung des ehemaligen Parteimitgliedes der Linken in Leipzig, Dr. Wolfgang Teske als Redaktionsmitglied des Mitteilungsblattes der Leipziger Linken.PDS in der Stadtvorstandssitzung vom 14.10.2008 und zur vorsätzlichen finanziellen Ruinierung eines Hartz-IV-Empfängers durch die Parteileitung DIE LINKE. Leipzig

Die Linke Leipzig gibt sich ein Stelldichein, wenn der Stadtvorstand der Leipziger Partei tagt. Am 14.10.2008 standen gleich mehrere Leckerbissen für die Hackordnung der Kaderpartei Leipzig bereit:

- 1.) **Rückwirkende Absetzung eines ehemaligen Genossen** aus der Funktion eines Redaktionsmitgliedes zum Beweis der Macht der herrschenden Klasse und ihrer Führer in der Leipziger Linken.
  
- 2.) Abweisung eines Antrages auf Kostenübernahme für einen von Sören Pellmann initiierten und durch Volker Külow inszenierten Rechtsfall, dessen **Kosten zulasten eines Hartz-IV-Empfängers** gehen, der keine rechtliche Handhabe gegen die abstrusen Machttechniken des Leipziger Parteikaders wusste, als sich einen Rechtsanwalt zu nehmen.

- **Wenden wir uns 1) zu:**

**„Eine rückwirkende politische Hinrichtung“**

Dr. Wolfgang Teske, seit 2004/2005 Mitglied der WASG und seit 2007 Mitglied der Leipziger Linken sowie Landessprecher des landesweiten Zusammenschlusses (AG) ASG, Arbeitskreis soziale Gerechtigkeit war neben seiner engagierten Parteimitgliedschaft ebenfalls Mitglied einer vom Leipziger Stadtvorstand berufenen Redaktionsgruppe des Mitteilungsblattes des Parteiverbandes Leipzig. Die noch

herrschende Ideologie der PDS-Kader gestattet es grundsätzlich nicht, wenn ein „neues“ Parteimitglied sich an die Öffentlichkeitsarbeit wagt und so gab es bereits bei der Berufung des ehemaligen WASG-Mitgliedes im Jahr 2007 Querelen.

Ende September 2008 verlässt Wolfgang Teske mit weiteren Mitstreitern die Partei DIE LINKE. im Ergebnis eines dauerhaft konstruierten Machtspiels gegen WASG-Mitglieder, welches in der vollständigen Diffamierung des Landessprechers und Landesratsmitgliedes M. gipfelte. Er legt alle Ämter nieder und geht mit den anderen. (Erklärung auf der Internetseite der ASG Leipzig, [www.asgleipzig.de](http://www.asgleipzig.de))

Am 14. Oktober 2008 tagt der Stadtvorstand der Leipziger Linken. Nachdem er so dies und das beschlossen, verschoben und abgelehnt hat, meldet sich Sören Pellmann zu Wort und beantragt „die Abberufung eines Mitgliedes der Redaktionskommission“ durch die Leipziger Parteileitung. Zunächst verhandelt das hohe Gremium darüber, ob man den Akt jenseits der Öffentlichkeit vollziehen sollte, da „ich meine..., na ja, und...“ (Pellmann) Doch keine geschlossene Sitzung ist notwendig, um den faschistoid inszenierten Machtbeweis anzutreten. Demnach wird beantragt „die Absetzung des Herrn Wolfgang Teske von seiner Mitgliedschaft in der Redaktionskommission.“ Grund: Null.

Der Verfasser der hier vorliegenden Nachricht interveniert, was den dieser „Schwachsinn soll, weil doch der Betreffende bereits aus der Partei ausgetreten“ sei und „seine Ämter damit wirkungslos“ sind. Die Intervention wird übergangen – der Tagesordnungspunkt im Eiltempo vollzogen und einhellig wird Dr. Teske rückwirkend und nach der Niederlegung des Amtes „abberufen“ von einem Amt, dass er doch seit Tagen nicht mehr inne hatte. Nach Auffassung weiterer Gäste war dieser Punkt so unnötig, wie gleichzeitig höchst bedeutsam für die Widerspiegelung heftiger autoritäre Zustände. Er galt der nachhaltigen politischen Hinrichtung als in „Unehren entlassen“ zum Amüsement der Cäsaren am Leipziger Linkshofe.

Külow will, so sagt er später in der Sitzung, meinen Zuruf, dass ich dieses Verfahren für *faschistoid* halte, zur Kenntnis genommen haben. Ich betonte auch dann, dass ich dies unbedingt hoffe und wiederhole es an dieser Stelle nochmals: „das ist faschistoid“. Nachdem sich Külow und seine auch ansonsten historisch wenig

geschulte Truppe hoffentlich alsbald mit dem Begriff des „Faschistoiden“ auseinandergesetzt haben wollen, wird sich bei einiger Fähigkeit zur Selbstbetrachtung ihres dauerhaft währenden bündlerischen Tuns die Empörung lichten – oder, bei anderen Voraussetzungen eben leider im Unwissen nicht.

- 2) ... nimmt sich nicht besser aus in der Ära des Leipziger Beweises einer Antidemokratie in einer linken Partei.

**„Im zweiten Gang hätten wir gern Neostalinismus – leicht flambiert bitte“**

Es geht um den V-Mann M., welcher sich in Anbetracht und Erwartung einer ihn völlig überfordernden Situation, der Vorwürfe nämlich, ein V-Mann zu sein, ein Rechtsextremer dazu und Träger eines falschen Namens (!) einen Rechtsanwalt herbeiholte, um einer angedrohten (mit Frist gesetzten) Kampagne juristisch beraten gegenüber zu stehen. Die Kampagne kam im Gefolge einer von Sören Pellmann an den Haaren herbeigezerrten Pressemitteilung vom 24.8.2008, in der er und weitere WASGler beschuldigt wurden, V-Leute zu sein – man bedenke: eine ganze V-Mann-Gruppe!

M. hatte an seinen Rechtsanwalt knappe 400 Euro zu entrichten. M. ist Hartz IV-Empfänger und M. war in der DDR politisch inhaftiert in einem Staatssicherheitsgefängnis. Der ihn vermeintlich enttarnte, heißt Külow.

Innerhalb der Leipziger Linken gibt es eine Arbeitsgruppe unter der Bezeichnung AG Diskurs. Der Maintainer dieser Gruppe, Hans-Gert Gräbe, stellte im Oktober 2008 an den Landesvorstand der sächsischen Linken den Antrag, die Herrn M. entstandenen Rechtsanwaltskosten durch die Partei erstatten zu lassen, da nicht zuletzt bereits im September 2008 der Innenminister in der Drucksache des sächsischen Landtages, DS. 4/12966 in seinem Antwortschreiben, AZ.: 16-0141.50/1495 des Innenministeriums die Anfrage, ob M. ein V-Mann sei, kurz und bündig mit „Nein“ beantwortete. Die Parteileitung in Leipzig verschweigt dieses Ergebnis ihren durch sie aufgehetzten Mitgliedern und brüstet sich stattdessen mit zwei Einstellungsschreiben zu Ermittlungsverfahren von der Staatsanwaltschaft Leipzig, unterlässt aber gegenüber der wohl informierten Parteiöffentlichkeit durch

Ortsvorsitzenden-Briefings etwa jede Beweisstellung des zu Unrecht Beschuldigten M..

Doch der Landesvorstandsgeschäftsführer „überweist“ den Antrag 09e-2008<sup>1</sup> der AG Diskurs in der V-Mann-Affäre „zurück“ an den Stadtvorstand, der als befangenes Gremium dazu gar keine sinnvolle Entscheidung treffen kann und diesen Antrag auch noch niemals auf dem Tisch hatte. Der Stadtvorstand Leipzig setzt den Antrag, wie vom Landesgeschäftsführer gewünscht, dennoch wagemutig auf die Tagesordnung und die stv. Vorsitzende Carola Lange als Sitzungsleiterin überlässt die Verhandlung ihrem Vorsitzenden Külöw, der in der Frage ausgezeichnet seit Jahrzehnten befangen ist. Nach zwei kurzen Interventionen findet die Debatte um den Antrag auf Geschäftsordnungsbitte des Ex-WASGLers A. Kermer ein zeitlich begründetes Ende. Dafür bekommt er gar ein dankendes Lächeln des Stadt-Granden Külöw. Doch wenigstens bemerkt werden soll die These Gerhard Lauters, der Stadtvorstandsanwalt, wonach er „menschlich Verständnis“ zeige, jedoch „juristisch keine Chance“ für M., sein Geld von der Partei zu bekommen. Der Maintainer der AG Diskurs entkräftet diese zum Schein widerlegte juristische Anspruchsunterstellung unaufgeregt: „Es handelt sich um einen politischen Antrag – dies sei bekannt und folglich sei er auch ohne juristische Einwände entscheidbar.“

Ein Witz erst ist die Abstimmung nach der zwanghaft beendeten und daher kurzen Debatte. Carola Lange schreitet zur Abstimmung und noch bevor abgestimmt wird, erklärt sie: „Wir sind gegen diesen Antrag.“ Danach kommt es zur Abstimmung, die erwartungsgemäß widerspruchslos ausfällt, wie sich das für einen neostalinistisch regierten Vorstand gehört, Abweichler hätten schließlich mit pressegerechten Nachrufen zu rechnen. Eine Enthaltung ist heutzutage kaum noch ein politisches Mittel gegen reizlosen reflexiven Machterhaltungstrieb der Installierten.

---

<sup>1</sup> <http://www.leipzig-netz.de/index.php5/WAK.AG-Diskurs.Antraege.09e-2008>

## Fazit

DIE LINKE. Leipzig ist zweifelsfrei „unter“ ihrer gegenwärtigen „Parteileitung“ nicht imstande, heterogene politische Debatten auszuhalten, integrativ zu wirken, geschweige denn, politisch handlungsfähiges Potenzial auf der Grundlage sach- und fachorientierter Erkenntnisse zu qualifizieren. Bedauerlicherweise geraten inzwischen auch ansonsten merklich kritische Mitglieder des Stadtvorstandes unter einen dubiosen Anpassungsdruck, um die ihnen erwiesenen Offerten für künftige Kleinstwahlen in Anspruch nehmen zu können. Die Partei verdeutlicht straffe Mechanismen: „Hochdienen oder untergehen, Genosse.“

Groepler-Roeser, 10/2008